

nach dem Osten bevorzugt behandelt werden. Die Versorgungsfrage wurde im Kongress erörtert; Senator Borah erinnerte an die Anfänge der französischen Revolution.

Kein neutrales Schiff ausgelassen

W. T. B. Genf, 23. Febr. Die Genfer Vertreter der großen Versicherungsgesellschaften, die mit den in europäischen neutralen Staaten und auch in Rußland und England bestehenden Versicherungsgesellschaften in engem Zusammenhang stehen, berichten, daß im Laufe der letzten Wochen neutrale Schiffe die Häfen nicht verlassen, da die Versicherungen sich weigerten an Bord zu gehen. Im Laufe der letzten Woche wurde außerdem von den Versicherungsgesellschaften nicht nur in Genf, sondern auch im Ausland nach der bei den Gen-

fer Vertretern eingelaufenen Berichten keinerlei Seeversicherung abgeschlossen.

Das Journal des Débats meldet aus Barcelona, daß die Compagnia transmediterranea, welche 55 Dampfer besitzt, beschloß, die Schiffe nach dem Auslande einzustellen und die ganze Handelsflotte in Barcelona oder Valencia zusammenzuführen. Der Dampfer „Antonio Ferrer“, der nach Certe abreisen sollte, sei angewiesen worden, in Valencia zu bleiben.

Verstaatlichung der englischen Kohlenver-

orgung

W. T. B. London, 23. Febr. Reuter meldet: Eine Verordnung der Regierung, die als Datum für die Übernahme aller Kohlenbergwerke und gewisse Kanäle den 1. März d. J. fest.

15 Milliarden im Reichstag bewilligt

Berlin, 23. Februar.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfs betr. die Einberufung von Militärtribunalen zum Reichsmilitärgericht erklärte

Abg. Stabthagen (Soz. V. G.), daß das Gesetz über die Schubhaft

trug seines klaren Inhalts durch die Präzisierung gemacht wird. Das Verbot einer sozialdemokratischen Wählerversammlung, in der Dr. Mehring sprechen sollte, sei gesetzwidrig und der Reichstag sollte dagegen seine Stimme erheben.

Abg. Landsberg (Soz.): Wir haben selbstverständlich angenommen, daß das Schubhaftgesetz für das ganze Reich gelte. Wir haben aber erfahren, daß einzelne Kreisbesirke sich davon ausschließen. Mit diesen Dingen müssen die maßgebenden Stellen Rastur reden. Das Verbot der sozialdemokratischen Wählerversammlung ist unbedeutend.

General v. Langermann: Die Verfügungen der militärischen Kommandanturbehörde über die Reform des Militärstrafrechts sind eingegangen und werden geprüft.

Abg. Richter (N.): Ich habe bereits vor einigen Wochen das Kriegsministerium darauf aufmerksam gemacht, daß die Auffassung der öffentlichen militärischen Stelle, daß die Schubhaftgesetz nicht beachte, dem Gesetz nicht entspreche.

Oberst Wisberg teilt mit, daß der Obermilitärbefehlshaber der I. Armee die Auffassung einiger Generalkommandos entgegenzusetzen sei und seinen Standpunkt allen in Betracht kommenden Stellen mitteilt habe.

Abg. Dove (Fortf. V.): Es ist erwiesen, daß die Überleitung des Militärgerichts durch die Zunahme der Beschwerden die Anstellung von Militärtribunalen notwendig macht. Die Frage der Schubhaft wird im Laufe der Zeit weiter erörtert werden. Es ist allerdings unerhört, daß einzelne Generalkommandos das Gesetz in ihrem Sinne auslegen. Der Befehlshaber legt der Bevölkerung ein Opfer auf, das man so leicht wie möglich machen soll.

Abg. Gröber (Ztr.): Das Gesetz über die Schubhaft gilt für das ganze Reich. Darüber besteht nur eine Meinung und die muß revidiert werden. Einen Unterschied zu machen zwischen Befehlshabern und Kriegsverdächtigten geht nicht an. Was geschieht mit dem militärischen Befehlshaber, der sich der Ausführung des Gesetzes widersetzt? Denn es sind kaiserliche Befehle, die durch den Obermilitärbefehlshaber ergehen.

Oberst Wisberg wiederholt seine oben erwähnten Erklärungen und fügt hinzu: Ich habe angenommen, daß von Seiten des Obermilitärbefehlshabers diese seine Ansicht den betreffenden Stellen mitgeteilt wird und auch unweigerlich befolgt wird und ich kann im Namen des Obermilitärbefehlshabers erklären, daß er diese ihm von Sr. Majestät verliehenen Rechte voll und ganz wahrnehmen wird.

Abg. Gröber (Ztr.): Der Herr Oberst hat uns mitgeteilt, daß der Obermilitärbefehlshaber den Unterbefehlshabern Befehl habe. Das wäre ja auch noch schöner, wenn der Unterbefehlshaber sich dem nicht fügte. Der Befehl muß natürlich sofort vollzogen werden. Es handelt sich in militärischen Dingen nicht darum, daß der Unterbefehlshaber und ihm eine juristische Begründung gegeben wird, die er annimmt. Wenn ihm eine Befehlshaber zuteil wird, dann hat er diesen Befehl unweigerlich und unbedinglich auszuführen. Wir müssen das verlangen auf Grund des Gesetzes, das nicht bloß im Reichstage, sondern auch der Bundesrat mitmacht und das der Kaiser angenommen hat. Wir können ein Durchbrechen solcher Befehle nicht dulden, deshalb müssen wir die Bitte stellen, uns sobald wie möglich mitzutellen, was in dieser Sache geschehen ist, ob diesen der Rechtsweg eröffnet würde, und was mit dem Obermilitärbefehlshaber, der sich so über den kaiserlichen Befehl hinwegsetzt hat, geschehen soll. Das liegt im Reichsinteresse. (Lebhafte Zustimmung.)

Oberst Wisberg: Der Befehlshaber hat diese Ansicht geäußert, bevor er die Richtlinien und Anweisungen des Obermilitärbefehlshabers kannte. Vorher konnte er der Meinung sein, daß sein Standpunkt der richtige war. Nachdem der Obermilitärbefehlshaber eingegriffen hatte, durfte er natürlich nicht mehr anderer Auffassung sein. Darauf kommt es an. Und soweit ich die Verhältnisse kenne, ist den Ansichten des Obermilitärbefehlshabers auch Rechnung getragen worden. Jetzt gilt die Anschauung des Obermilitärbefehlshabers.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Ich habe keinen Anlaß zu glauben, daß der Befehlshaber im Blick auf den Befehl des Obermilitärbefehlshabers widersteht. Ich habe mich aber dagegen zu wenden, daß der Reichstag Anspruch darauf hat, zu erfahren, was mit einem Militärtribunal geschieht, der sich dem Befehl widersetzt. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Ledebour (Soz. V. G.): Die Ausführungen des Grafen Westarp sind die Entlassung des Militärtribunals, sogar auch gegenüber Gelehen, die vom Bundesrat und dem Herrn Reichsminister beschlossen worden sind. Der Reichstag ist berechtigt, Auskunft zu verlangen, ob die Unterbefehlshaber die vom Reichstag beschlossenen Gelehen richtig ausgeführt haben. Es gehört zu den gesetzgeberischen Befugnissen der Volksvertretung, daß sie auch die Kontrolle

ausübt gegenüber jedem Mann, und sei er so hochgestellt, wie er wolle, ob diese Gelehen ausgeführt werden.

Abg. Landsberg (Soz.): Wir haben im vorigen Jahre ein Gesetz geschaffen zur Abstellung himmelführender Mißstände. Wir wollten Wiederholungen der vorgebrachten Fälle vermeiden.

Staatssekretär Helfferich: Ich habe den Eindruck, daß die Herren, die hier aus dem Hause gesprochen haben, sich gegenseitig nicht verstanden haben, und auch die Auskunft des Herrn Obersten ist nicht ganz richtig verstanden worden. Wir wollen die Sache in aller Ruhe klären. Ueber die Durchführung der Befehle steht dem Reichstag zweifellos eine Kontrolle zu und dieses Recht wird von niemandem bestritten. Ich habe seiner Zeit erklärt, daß das Schubhaftgesetz loyal durchgeführt werden würde. Der Obermilitärbefehlshaber ist mit allen Befugnissen ausgestattet, die notwendig sind, um das Gesetz loyal durchzuführen, und Sie können überzeugt sein, daß der Obermilitärbefehlshaber auch alles tun wird, damit das Gesetz durchgeführt wird. Für die einzelnen Fälle liegen genauere Nachrichten nicht vor. Wir werden prüfen müssen, wie der Stand der Dinge ist.

Abg. Gröber (Ztr.): Es liegen drei Fälle vor, der von Meß, der von Strassburg und der von Saarburg. Es handelt sich um die Frage der Ausführung des Gesetzes und ich danke dem Staatssekretär, daß er versucht hat, die Sache auf den objektiven Standpunkt zu bringen. Es handelt sich aber auch um die Frage der Disziplin. Wir hat es natürlich fern gelegen, mich in die Disziplinargewalt einzumischen zu wollen. Ich habe sagen wollen: was ist geschehen mit einem Militärtribunal, der den Befehl nicht vollzogen und damit das Gesetz verletzt hat? Das ist für mich das Entscheidende. Im Militärstrafgesetzbuch sind Vorschriften. Was geschieht, wenn die Vorschriften nicht befolgt werden? Es gibt auch Vorschriften darüber, was zu geschehen hat, wenn eine widerrechtliche Freiheitsberaubung eintritt. Darüber will ich Auskunft haben. Die Person des Befehlshabers ist für mich nicht das Wichtigste, viel wichtiger habe ich die betroffenen Personen und deshalb habe ich gesagt, was ist man geschehen, nachdem der Obermilitärbefehlshaber den entgegengelegten Standpunkt vertreten hat. Das Gesetz muß Anwendung finden. Das will allen Grund haben, zu der Sache nicht zu schweigen, sondern bei einem solchen Widerspruch Auskunft zu verlangen, das leuchtet doch ein. Wir ist bekannt aus mündlichen und schriftlichen Beschwerden, daß diese Personen noch nicht zu ihrem Rechte gekommen sind. Es ist mir durch einen Kollegen bekannt, dem noch am 22. Januar von einem Militärtribunal Befehl gegeben wurde, also zwei Wochen nach dem Urteil, daß ihm das nicht verleihe. Ich stelle die Forderung, daß das Gesetz ausgeführt wird, damit nicht die Leute gegen die in der ersten Aufregung des Krieges vorgegangen worden ist, weiter leiden. Alle Parteien müssen zusammenstehen, damit das Recht zur Geltung kommt.

Der Gesetzesentwurf wird in zweiter Lesung angenommen, ebenso in dritter Lesung. Es folgt die erste Lesung des Staats mit den Steuervorlagen. Staatssekretär Graf Rüdern: Unser Friedensangebot ist abgelehnt worden. Die Vermittlungsaktion von neutraler Seite ist an dem Widerspruch unserer Feinde gescheitert. Die völkerrechtswidrige Sperre Englands ist daraufhin mit der Anwendung der Waffen beantwortet worden, die erst dieser Krieg herausgelassen hat. Die Forderungen, mit denen die Regierung jetzt vor den Reichstag tritt, sind schwer, aber notwendig, denn sie sind durch die Lage gerechtfertigt. An neuen Ausgaben enthält der Etat nicht viele Forderungen. Die Vertriebsbehörde verlangt aber die Schaffung neuer Stellen bei der Reichseisenbahnverwaltung und bei der Post. Der neue Etat gebietet die Veranschlagung der Mittel zur Deckung von 1250 Millionen. Die Ausgaben durch eine Anleihe zu decken, hätte sich nur rechtfertigen lassen, wenn der Friede unmittelbar bevorstände. Wir müssen versuchen, durch neue Steuern mehr Einnahmen zu schaffen. Der Gedanke lag nahe, die Veranschlagung der Kriegsteuern zu einer stärkeren Heranziehung dieser Steuern zu benutzen. Wir sind zu einem Zuschlag von 20 Prozent gekommen. Die Einführung eines Elektrizitäts-Monopols ist für das Reich zur Zeit nicht durchführbar. Auch die Frage der Besteuerung der Wasserkräfte mußte zur Zeit ausbleiben. Sie würde nicht genug einbringen und würde auch eine komplizierte Organisation verlangen. Die Besteuerung von Petroleum und Benzin kann auch erst nach dem Kriege in Betracht kommen. So ergibt sich die Kohlensteuer von selbst. Die Steuer auf die Vergütung der Kohle verbietet sich im gegenwärtigen Augenblick, die technisch noch nicht so ausgebildet ist, daß sie zum Gegenstand einer ertragreichen Steuer gemacht werden könnte. Die Kohlen geben wir auch zu einem beträchtlichen Teile an das Ausland ab. Das empfiehlt die Kohlensteuer. Unsere Kohlenpreise sind erheblich billiger als in England, von Italien und Frankreich und Amerika nicht zu reden. Die Steuer wird also unsere Wirtschaft im Verhältnis zu anderen Staaten nicht erheblich treffen und auch den Wettbewerb der Gruben nicht fördern. Auch die Erhebung der geplanten Verkehrssteuer wird zur Zeit nicht ein-

fach sein. In diesem Kriege werden die Staatsverwaltungen an eine Revision herantreten müssen und Sie wissen, daß bei der künftigen Finanzreform an dieser Steuerquelle nicht vorübergegangen werden kann. Wir schlagen eine Erhöhung von 7 Prozent neben dem bisherigen Frachtfuhrtenstempel vor. Bei der Besteuerung der Schienenwege wären die Strassenbahnen nicht auszuschließen, denn sie sind auf diesen Strecken eine Konkurrenz der Eisenbahn. Um der Abrundung nach oben eine Grenze zu ziehen, wird sich aber die Einführung einer Zwischensumme von 2½ Pfennig empfehlen.

Wie in den anderen kriegsführenden Ländern haben auch unsere Kriegskosten in der letzten Zeit eine schärfere Anspannung erfahren. In den letzten Monaten seit Oktober haben die außerordentlichen Ausgaben im Durchschnitt 2,7 Milliarden betragen. Diese Anspannung wird in den nächsten Monaten nicht nachlassen; deshalb beantragen wir einen neuen Kredit von 15 Milliarden. Wir werden in den nächsten Monaten wieder mit einer Anleihe an den Markt herantreten müssen. Der Krieg hat uns auch manche stille Reserve für die Zukunft geschaffen; ich erinnere an die künstliche Herstellung von Stickstoff, die Gewinnung von Aluminium. Diese und andere Erfindungen werden uns hunderte von Millionen ersparen, die früher ins Ausland getragen wurden. Was wir jetzt brauchen, ist die Aufrechterhaltung einer gesunden Finanzpolitik.

Der Präsident teilt mit, daß der Abgeordnete Ledebour die namentliche Abstimmung über die Kreditvorlage beantragt.

Abg. Spahn (Z.) beantragt, die weitere Debatte über Etat und Steuern auszusetzen und die Kreditvorlage allein zu erledigen.

Abg. Ebert (Soz.): Durch die Ablehnung des deutschen Friedensangebotes haben unsere Feinde eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Sie wollen ihre Eroberungsziele durchsetzen, die die Vertrimmerung der Welt bedeuten würden. Angesichts dieser Sachlage hält es die deutsche Sozialdemokratie für notwendig die Kriegskredite zu bewilligen, um zu einem das Leben des deutschen Volkes sichernden Frieden zu kommen.

Abg. Ledebour (Soz. Arbeitgem.): Namens meiner Freunde habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die Kriegskredite werden von der Regierung zur Durchführung ihres Kriegswillens gefordert. Wenn wir der Regierung die Kredite bewilligen, so geben wir ihr damit eine Blankovollmacht zur Verwendung der Gelder. Eine Partei, die die Regierung bei der Bewilligung von Krediten das denkbar größte Vertrauen erteilt, übernimmt damit die Verantwortung für die Kriegsziele der Regierung (Widerstand und Heiterkeit) und für die Maßnahmen, die die Regierung zur Erreichung dieser Kriegsziele ergreift. (Widerstand und Heiterkeit.) Ein solches Vertrauensvotum der Regierung zu erteilen, ihr solche Blankovollmachten auszustellen und eine solche Mitverantwortung für ihre Kriegsziele zu übernehmen sind wir auch diesmal nicht in der Lage. Wir können auch die Mitverantwortung für die Reichthümer der deutschen Kriegführung nicht übernehmen. Wir haben den räuschelhaften Landhoo-

krieg von Anfang an entschieden bekämpft und fordern heute noch seine Einstellung. (Große Heiterkeit.) Es entspricht unserer Auffassung nach ebenso wenig den Geboten der Menschlichkeit wie der englische Hungersrieg gegen Deutschland. Indem wir deshalb der Reichsregierung die geforderten Kredite verweigern, lassen wir gleichzeitig an der geäußerten Bitter die Aufforderung ergehen, gemeinsam zu wirken für einen dauernden, auf gegenseitiger Verständigung beruhenden Frieden.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Ich hatte nicht die Absicht, das Wort zu ergreifen, muß aber gegenüber dem Vorredner feststellen, daß unser Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 offen und ehrlich gemeint war, und daß es unbedingt ist zu sagen, es sei wertlos gewesen, weil es Einzelforderungen nicht enthalten habe. Die Forderungen des unsrer Friedensangebot zu Grunde lagen, trugen den berechtigten Interessen aller Völker Rechnung, so wohl unseren deutschen wie denen der Feinde. Die Grundlage unseres Friedensangebotes zu erfahren, daran hätten unsere Gegner ein Interesse haben müssen. Sie haben aber nicht den Versuch dazu gemacht, unsere Kriegsfordernungen kennen zu lernen. Unsere Gegner haben dieses Friedensangebot schmäde zurückgewiesen. Damit ist es für alle Zukunft hinfällig geworden. (Lebhafte Beifall.) Ich hoffe, daß unsere Regierung auf dieses Friedensangebot nicht mehr zurückkommen wird, sondern nunmehr an die Feinde Bedingungen stellen wird, die sie erfüllen müssen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Vorredners durchaus anschließen. Alles, was Herr Ledebour hervorgebracht hat, steht heute nicht zur Debatte, sondern es handelt sich darum, daß die Mittel bewilligt werden für unsere draußen stehenden Soldaten, damit sie Haus und Hof, Wein und Rind und unser Vaterland schützen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Brinz, Schönaich-Carolath (natl.): Wir werden der Kreditvorlage zustimmen in dem Bewußtsein der Notwendigkeit und in fester Siegeszuversicht, von der alle Schichten unseres Volkes durchdrungen sind, und wir hoffen, daß nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit jeder bereit sein wird, auch dieser Kreditvorlage zum vollen glänzenden Erfolge zu verhelfen.

Abg. v. Pauer (Fortf. V.): Auch nach unserer Meinung hätte par kein Anlaß für die einzelnen Fraktionen bestanden, heute das Wort zu ergreifen. Es ist für uns eine ganz selbstverständliche Pflicht, daß wir dieser Vorlage zustimmen, und wir sind der Ansicht, daß dies auch für jeden einzelnen in diesem ganzen Hause gilt. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir können es nicht verstehen, daß man im gegenwärtigen Augenblick, in dem sich die Welt zum Entscheidungskampf rüstet, dem Vaterland die Mittel verweigern will, die es doch dringend notwendig braucht, sich und seine Angehörigen zu schützen, und die auch notwen-

dig sind, wenn es zu einem Frieden kommen soll.

Damit schließt die Debatte. In erster und zweiter Lesung wird sie

Kreditvorlage angenommen

und da niemand widerspricht, erfolgt sofort die dritte Lesung. Ein von der sozialdemokratischen Arbeits-Gemeinschaft gestellter Antrag auf namentliche Abstimmung findet nicht die genügende Unterstützung. In gewöhnlicher Abstimmung werden die Kriegskredite unter lebhaftem Beifall gegen die Stimmen der Arbeits-Gemeinschaft angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung am Dienstag abzuhalten.

Abgeordnetenhaus

Berlin, 23. Februar.

Die Beratung des Haushalts der direkten Steuern

wird fortgesetzt.

Abg. Herold (Ztr.): Die Steigerung der Einnahmensteuer ist ein Beweis dafür, daß unsere Finanzlage düster ist. Mit der Bewilligung der Steuerzuschläge müssen wir sehr vorsichtig sein. Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, daß durch die Quotifizierung der Einkommensteuer eine Ermäßigung der Steuer herbeigeführt werden würde. Unser Steuerwesen muß organisch ausgebaut werden. Der jetzige Etat gibt keine Veranschlagung, die Frage auszurollen, ob anstelle des Landrats ein besonderer Kommissar gestellt werden soll. Die Bewilligung hat ein Interesse daran, in verständlicher Förmlichkeit mit den Veranlagungsbeamten zu bleiben. Dazu ist der Landrat der geeignete Mann. Bei den Friedensbedingungen müssen wir darauf drängen, daß ein großer Teil der Kosten auf die Feinde abgemacht werde. (Beifall.)

Finanzminister Dr. Lenge: Die Ausführungen der meisten Redner erwecken den Eindruck, als ob der Etat ungünstiger ausfiele, als es der wirklichen Lage entspricht, als ob wir die stille Reserve hätten. Diese Auffassung ist irrig. Die sichtbare stille Reserve werden durch notwendige Ausgaben aufgebraucht. Die Erhebung der Steuerzuschläge hat sich als notwendig erwiesen. Nach dem Kriege wird ein neues Steuergebot vorgelegt werden müssen. Aber während des Krieges können wir an diese Aufgabe nicht herantreten. Auf die Quotifizierung der Einkommensteuer kann die Staatsregierung nicht eingehen. Diese würde eine Steigerung der Staatsausgaben zur Folge haben.

Abg. Heilmann (Fortf. V.): Das Wirtschaftsjahr 1916 ist außerordentlich günstig gewesen. Es zeigt die Stärke der deutschen Wirtschaft in Stadt und Land. Nur der Mittelsstand zeigt einen Rückgang der Steuerlasten. Wir können die Gründe nicht anerkennen, mit denen der Abgeordnete Ebert die Quotifizierung befürwortet. Im großen und ganzen hat sich unser Steuerwesen bewährt. Es beruht auf gesunden Grundlagen.

Abg. Hofert (Soz.): Die ungeheure Last der Steuerzahler hat von dem Kriege nur Kopf und Glied, während die Kapitalisten und Junker ein Interesse an der Fortführung des Krieges haben. Wir protestieren dagegen, daß die arbeitende Klasse weiter durch indirekte und direkte Steuern belastet werde.

Der Etat wird genehmigt.

Beim

Etat der Seehandlung

bemerkt der Abg. Brütt (Ztr.): Der Staat muß sich der Verwaltung des Vermögens der kleinen Leute annähmen, die in solchen Dingen unschlau sind. Er kann nicht mit verstreuten Armen aufsehen, wenn viele Leute infolge von Unvorsichtigkeit ihr Vermögen verlieren.

Finanzminister Dr. Lenge: Es wäre sehr wünschenswert, wenn Beratungskomitees für die Anlage von Geldern geschaffen würden. Ein solche Beratungskomitee würde aber die Verantwortung für den Staat übernehmen und der Staat würde dafür haften. Ich bin bereit, die Sache zu prüfen.

Der Etat wird genehmigt.

Der Etat der Zentralgenossenschaftskasse wird ohne Debatte genehmigt.

Es folgt der

Etat des Finanzministeriums

Die Kommission beantragt den Titel: Anwartschaftszuschüsse für die künftigen Kommandanten der Provinzial- und Kommunalanlagen im Betrage von 24000 Mark nicht zu bewilligen. Ferner wird die Regierung ersucht, die Frist zur Zurückzahlung der Darlehen, die den Stadtgemeinden zur Beweissung der Staatsschulden aus den Jahren 1913/14 gewährt sind, um drei Jahre hinauszuschieben.

Abg. Brütt (Ztr.) beauftragt die Ablehnung des Titels und erwartet, daß die Regierung ihn nach dem Kriege wieder herstellen wird.

Ein Regierungskommissar: Die Regierung nimmt an, daß nicht der Titel abgelehnt werden soll, sondern nur die für das neue Etatsjahr ausgerechnete Summe, da nicht genügend Mittel für den Zweck vorhanden sind.

Abg. Färber (Kons.) begründet seinen Antrag, in dem die Regierung ersucht wird, die Schäden, die den Gemeinden und Einwohnern der Nordsee durch den Krieg zugefügt worden sind, als Kriegsschaden anzuerkennen, und die gefährdete wirtschaftliche Lage schnellstmöglich durch staatliche Beihilfe und Notstandsdarlehen zu erleichtern.

Abg. Dr. Newoldt (Ztr.) befürwortet die Annahme des Antrages und weist darauf hin, daß auch die Kleinfäden durch den Krieg großen Schaden erlitten haben.

Finanzminister Dr. Lenge: Der Antrag bringt geht von falschen Voraussetzungen aus. Wir haben ein Kriegsschadengesetz. Darunter fallen die unmittelbaren Verluste, die durch den Krieg hervorgerufen sind. Bei den meisten Kriegsschäden entfallen die Voraussetzungen für die Einbeziehung in das Gesetz mit Ausnahme der Delogand, dessen Bevölkerung abgenommen ist. Die Auffassung ist aber nicht richtig, als ob die Staatsregierung nichts für die Nordseebäder getan hätte. Sie hat eine Notstandsaktion für sie eingeleitet, die sehr wesentliche Erfolge erzielt hat.

Abg. Barthler (Ztr.) bedauert, daß die Gemeinden bei rückständigen Steuern zu Zwangsversteigerungen gegenüber dem Staat gezwungen werden.

Die Weiterberatung wird auf morgen be-

Deutsche Männer, Deutsche Frauen

In dieser Beziehung macht man jetzt recht interessante Wahrnehmungen. Von allen Seiten sucht man jetzt von der notwendigen Bedarfsdeckung politisch. Das mörderische Treiben der modernen Waffen ließ jene „Beiden“ verstummten, welche das Heil der Völker in einer „weisen“ Beschränkung der Bevölkerungsannahme suchten. Diese priesen das Ein- und Zweifelhinderleben als einen Weg zum Wohlstand, zum Reichtum und bequemen Leben. Diese Volksbeglucker haben leider seit Jahrzehnten in Deutschland sehr geneigte Ohren gefunden. Die liberale Presse leitete in mannigfaltiger Weise Fehlschlüsse: Da öffnete der entscheidende Krieg ihnen plötzlich die Augen. Sie sahen den Abgrund, in welches ihre vielgepriesene Methode das klassische Land der „Bevölkerungsbeschränkung“, Frankreich, geführt hat. Den Abgrund, dem sie auch unser deutsches Vaterland entgegenzuführen tätig waren. Nun schreit alle Welt nach Mitteln, nach Staatshilfe, das schon angedrohte Unheil zurückzubringen, man hat schon Sinn für Prämien an kinderreiche Familien!

Welche Wandlung! Ja, der Krieg verhilft der Wahrheit zum Siege. Das Christentum verwirrt und verabsäumt die Methode „weiser“ Beschränkung der Bevölkerungsannahme, welche nur der Unglaube geboren hat und vertreiben konnte. Sie ist eine Begleiterin der Abfälle vom Christentum, vom Glauben an einen persönlichen Gott, an ein jenseitiges Leben. Sie ist die nackte Selbstsucht (il sacro egoismo) in ihrer niederträchtigen Form. Die katholische Kirche hat diese abscheuliche Selbstsucht stets als ein Verbrechen gegen das Wohl der Menschheit gebrandmarkt und nun sieht sie gerechtfertigt da, gerechtfertigt durch den menschenmörderischen Krieg. Als die deutschen Bischöfe in einem gemeinsamen Hirtenbriefe diesen Mißbrauch der Ehe, diesen Eingriff in die Schöpfungskraft Gottes aufs schärfste verurteilten, da fanden sie reichen Beifall und offene Bewunderung nicht über die Grenzen der katholischen Kirche hinaus.

Es ist ein Sieg der Wahrheit, ein Triumph der katholischen Kirche, daß man jetzt allgemein gegen das Heil der Nation macht. Nur ein Feind des Vaterlandes kann wünschen, daß das deutsche Volk der unchristlichen Theorie weiter huldige. Die Befähigung des künftigen Lebens ist aber gar nicht möglich, wenn man nicht entscheidet für die Heiligkeit der Ehe eintritt; wenn man nicht den Heiler nach Kräften gutzumachen sucht, den man mit der Frau getrennt hat. Die zunehmenden Ehescheidungen sind eine offene, eiernde Wunde an unserem Volksein. Kinderlosigkeit ist das schlaueste Band der Ehe.

Gerechtfertigt ist die katholische Kirche auch mit ihrer Lehre von dem Beruf und der Aufgabe der Frau. Sie soll eine Hausfrau sein im vollen Sinne des Wortes. Der Unglaube wollte die Frau frei machen von dem „Joch der Ehe“, er wollte sie aus dem Hause hinauszerren in die Gasse, ins öffentliche Leben. Dadurch wurde das Familienleben vernichtet, die Kindererziehung und ihre Pflege beeinträchtigt. Gewiß hat die Not des Lebens und namentlich die jegliche Kriegsnöte der Frau auch andere Aufgaben gestellt, aber je eher die Frau nach dem Kriege ihrem ureigensten Beruf als Hausfrau wieder zurückgegeben wird, desto besser ist es für Kirche und Vaterland. Nur ein körperlich und sittlich gebildetes Geschlecht kann unser Vaterland für die Zukunft sichern gegen seine Feinde. An Feinden wird es ihm nicht fehlen. Seine Feinde von heute werden die Heide, welche sie bekommen haben, nicht vergessen. Ein gesundes, fröhliches Geschlecht erwacht aber nur einem gesunden, geordneten Familienleben. Wesentlich ist die körperliche und sittliche Kraft der Mutter. Daß die Volksbevölkerung die fruchtigsten Soldaten stellt, hat seine guten Gründe.

In der Rückkehr zu einem christlichen Familienleben, in der Rückkehr zu Gott, zu einem christlichen Leben, liegt das Heil unseres Vaterlandes. Diese Rückkehr zu fördern, zu begünstigen, ist die Aufgabe der geistlichen und der weltlichen Faktoren; es kommen hier wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Betracht, besonders das Gebiet des Unterrichts und der Erziehung. Die leitenden Kreise müssen dies wohl bedenken. Der Geist des Unglaubens wird zur gegebenen Stunde wieder sein Haupt erheben und Verderben zu sät trachten. Sein bisheriges unheilvolles Wirken möge zur Warnung dienen. Der Unglaube ist unfähig, die oben berührte Gefahr zu beschwören, welche die Zukunft unseres Vaterlandes in Frage stellen würde. Kinderlegen verlangt von der Frau große Opfer und großen Opfermut. Die Kraft dazu kann der Unglaube nimmer geben; nur die Religion, nur der Glaube an Gott, der die Sünde straft, die Tugend lobt, nur der Glaube an ein Jenseits, nur die Hoffnung der Mutter, bereinst mit ihren Kindern die Freuden des Himmels zu genießen, kann ihr den Mut, die Kraft geben, ihre Mutterpflichten treu zu erfüllen.

Spectator.

Achtung vor der Religion

Paris, 21. Febr. In der rechtsstehenden Presse, vor allem in der katholischen, mehren sich die Klagen, daß der bisher schon sehr beständige Burgfrieden immer öfter gebrochen wird und daß die Parteikämpfe neu aufleben beginnen. Wenn zu gewissen Zeiten wir für unsere Leute gegen die andern sprechen mußten, schreibt Joseph Tenaix in der „Libre Parole“, so geschieht es, weil wir unter dem Decknamen des Burgfriedens „verraten“ worden sind. Alle Opfer wurden von uns verlangt. Wir haben viele Opfer auf uns genommen, weil das Land dies verlangte. Aber man sollte doch einmal verstehen, daß es solche gibt, zu denen wir nie einwilligen werden. Herr A. Monnot klagt im gleichen Blatt, daß vorjährige Hilfskassareise verfolgt werden, nur weil sie von katholischen Schwestern bedient werden. „Das ist“, so schreibt er, „der Fall des Vazarettes von“. Es ist in einem Schulgebäude des Städtchens „installiert und steht unter der Leitung eines hervorragenden Arztes. Das Personal (Schwestern) verlangt für seine treue Aufopferung und wohlverdiente Pflege nichts, rein nichts. Seit Kriegsausbruch wurden schon 70 Verwundete dort gratis gepflegt. Nun waren an einem schönen Morgen die Bewohner von „nicht wenig überrascht, von der Schließung des Vazarettes zu erfahren. Ein Fremder legte gegen seinen Befehl Widerstand ein, der Präfect unterstützte die Be-

Der Weltkrieg drängt zur Entscheidung. Unsere Feinde haben ihre Absichten enthüllt. Wir sind ihnen dankbar, daß sie die letzte Maske fallen ließen, daß wir heute mehr denn je wissen, daß wir für den Bestand unseres Vaterlandes kämpfen, für das Sein oder Nichtsein von Haus und Herd, von Weib und Kind.

Jetzt gilt es alle Kräfte für dies Ziel einzusetzen und nichts zu unterlassen, was unsere Kraft in dem Vorkriegszustand zu steigern und zu stärken vermag.

Der Ankauf von Goldsachen durch die Reichsbank und der Verkauf von Juwelen ins neutrale Ausland durch die Diamantenregie gilt diesem Ziel.

Er stärkt den Goldschatz des Reiches. Er steigert unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Er wird dazu beitragen, uns einen ehrenvollen Frieden und den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft zu sichern.

Das Opfer der Gold- und Juwelenabgabe, zu welcher die Reichsbank auffordert, zählt — und das sei hier den mancherlei herumschleichenden Anzweiflungen gegenüber ausdrücklich festgestellt —

zu den notwendigen Rüstungsarbeiten,

mit denen wir gewillt sind, unseren Feinden entgegenzutreten und unseren Fahnen den Endsieg zu wahren.

Das Gefühl der Notwendigkeit dieses Opfers erfüllt noch nicht alle Kreise unseres Volkes. Noch können wir zwar davon absehen, Goldschmuck und -gerät aufzurufen, dem ein hoher Kunstwert oder — wie alten, durch Generationen aufbewahrten Familienschatzen und den Trümmern der Verbunden — ein besonderer kulturhistorischer oder ethischer Wert innewohnt, aber für alles übrige muß auch hier rüchhaltige Opferbereitschaft sich in des Vaterlandes Dienst stellen. Wie jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau sich heute, wo es den Kampf um des Deutschen Volkes Dasein gilt, draußen wie drinnen selbstlos und selbstverständlich in die Reihe der Kämpfer stellt und längst von dem Wahn geheilt ist, auf den Einzelnen komme es nicht an, so ist es auch hier not, daß jedes Goldstück, jedes Schmuckstück und Gerät, von dem sich weitherzige Opferbereitschaft zu trennen vermag, den Kampf für das Vaterland mitschlägt. Wir brauchen heiße Herzen und offene Hände.

Frauen und Männer Deutschlands! Zeigt eure Opferbereitschaft. Lacht euch in dem gesunden Bewußtsein, daß des Deutschen Volkes schwerste Zeit von euch verlangt, auch an dieser Stelle eure Hilfe zu spenden, nicht wartend machen durch Jene, denen das geforderte Opfer zu hoch erscheint.

Wir brauchen euer Opfer!

Berlin, den 1. Februar 1917.

Havenstein,
Präsident der Reichsbank.

schwebe und der Justizminister Bidani sagte Ja und Amen.

Haag, 20. Febr. Das Haager „Baderland“ schreibt: Wir müssen sagen, daß wir Überbieten bekommen haben vor dem, was Deutschland seit der religiösen Bedarfsfrage so vieler Völker weit auseinandergehender Religionen getan wird. Die Christen aller Art, die Moslems, die Mohammedaner, haben in den Kriegsgefangenenlagern ihre eigenen Religionslehrer. Man sieht, mit welchem Ernst man sich in Deutschland dieser geistlichen Arbeit, welche neben der Rotkreuzarbeit die Sympathie aller verdient, gewidmet hat.

Eine Million Mann für den Nationaldienst

Rotterdam, 22. Febr. (N. D.) Wie der „N. Rotterdamse Courant“ aus London meldet, erklärte der Minister für den Nationaldienst, daß er eine Million Mann brauche.

England muß größere Opfer bringen

Bern, 22. Febr. (N. D.) In von der Zensur stark gestrichenen Erörterungen über die englischen und französischen Anstrengungen im Krieg schreibt „La France“, man müsse zwar anerkennen, was England geleistet habe. Für Frankreich sei jedoch sehr notwendig, daß ein schneller Sieg errungen werde. England müsse größere Opfer bringen! Es solle sich ein Beispiel an Frankreich nehmen, das seit seine letzten Mannschaften zusammenwarf. Gegenüber den Rekrutierungen Frankreichs seien diejenigen Englands ein Kinderpiel.

Privatität der italienischen Deputierten

Zur bevorstehenden Eröffnung der italienischen Kammer schreibt der „Avanti“: Der hundertfache Reichtum und die Privatität, womit die Deputierten in den Krieg hineingingen, hat sich in die bittersten Vorwürfe verwandelt. Neue und veraltete Einsicht. Jetzt hoffen viele unserer Gegner, daß die demnächstige Konferenz der sozialistischen Partei in Rom allerlei Mängel Initiativen zur Lösung der Kriegslage beinhalten werde. Sie sind zur Initiative in ihrer Schwachheit nicht fähig. So ist heute die Legende verbreitet, wonach die Sozialistenpartei eine sofortige entscheidende Aktion eröffnen werde, um dem Krieg ein Ende zu machen. Aber alle diese so spät zur Einsicht gelangenden Täufler, die, denn wir haben keine Veranlassung, die Kastration für sie aus dem Feuer zu holen.

Die revolutionäre Stimmung in Irland

Haag, 23. Febr. Die plötzlichen Verhaftungen in Irland erregten Aufsehen, zumal die Debatten über Home Rule im Oberhaus bevorstehen. Daß die revolutionäre Stimmung in Irland gewachsen ist, zeigt schon die Wahl des Grafen Plunkett zum Unterhausmitglied, dessen Sohn bekanntlich als Führer des Aufstandes erschossen worden ist. In einer Rede schweberte Plunkett die schärfsten Vorwürfe gegen die irischen Abgeordneten, die sich von der englischen Regierung hätten einschießen lassen. Auch der Vorstehende der irischen Liga, die lebhaft am Aufstand beteiligt war, O'Donnoghue wurde verhaftet. Die strengen Maßnahmen gegen die irischen Zeitungen und die Hausdurchsuchungen auf Redaktionsbüros dauern an.

In Dublin, Galway, Limerick, Limerick und anderen Stellen Irlands wurden gestern unter dem Reichsverteidigungsgesetz 32 Personen verhaftet, darunter eine Anzahl Männer, die nach dem letzten Aufstand interniert später aber wieder freigelassen worden waren.

Kleine politische Nachrichten

Dresden. Aus der sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtags sind drei Abgeordnete ausgeschieden.

Berlin, 22. Febr. Professor v. Schmoller wurde der Kronenorden erster Klasse verliehen. Berlin. Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde kürzlich viel von der Bevorzugung des Adels gesprochen. Da ist es ganz interessant, festzustellen, wieviel Adels es im preussischen Abgeordnetenhaus selbst gibt. Von den 443 Abgeordneten der zweiten preussischen Kammer sind 119 adlig. Das ist ein fastlicher Prozentsatz. Von diesen 119 obliegen Volksvertretern gehören 81 zu den Konservativen, 14 zu den Freikonservativen, ebenfalls 14 zum Zentrum, fünf zu den Nationalliberalen und weitere fünf zu den Demokraten. Bei der fortgeschrittenen Volkspartei, den Demokraten und den Sozialdemokraten sind keine Adligen.

Berlin, 24. Febr. Der Unterstaatssekretär und Reichsbevollmächtigter Dr. Michaelis hat das Amt als preussischer Staatskommissar für die Volksernährung angetreten. Sein Amtsbereich ist bis auf weiteres im königlichen Finanzministerium, Berlin C 2, am Festungsgraben 1.

Wien. (Veränderte Polenbehandlung.) Der Wiener Stadtrat beschloß die obligatorische Einführung der polnischen Sprache in den Handelsschulen. Eine polnische Zeitung in Warschau, die „Ritnia Lubelska“ schreibt dazu: „Diese Entscheidung sei aus vielen Gründen besonders hervorzuheben. Man müsse bedenken, daß der Wiener Stadtrat in der Mehrheit deutsch-nationalistische Elemente besitze. Der Beschluß bilde erstens den praktischen Ausdruck der neuen Orientierung und sei die beste Anregung dazu, daß sich die polnischen deutschen Verhältnisse in der Provinz Polen anders, als bisher gehalten. Das sei mit Freude zu begrüßen, weil alles, was zur Schaffung der Harmonie zwischen den beiden Nationen beitragen könne, die Widerstandskraft gegen den gemeinsamen Feind stärke.“

Rotterdam, 23. Febr. (Holländische Rente.) Seit dem 6. Februar wurden aus Holland keine Schafe mehr nach England gelandt. Aber seit jenem Tage wurden 4100 Schafe für den holländischen Dispositionsschiff nach England geschickt. Im ganzen werden 10 000 Schafe nach England geschickt werden. In Holland droht nach einer unerwarteten Verminderung ein Viehbestand von Verringerung zu werden. Die Heringe dürfen nicht nach Deutschland, können aber nur schwer irgendwo anders untergebracht werden, und in Holland selbst können sie auch nicht verbraucht werden. Der Vorrat bedarf sich auf zehn Tausende von Tonne und wenn die Regierung nicht schnellstens Mittel ergreift, um die Vorräte dem Konsum zuzuführen, geht er verloren.

Bermischtes

Ein sonderbarer Bescheid: Die Arbeiter sollten 2. Klasse fahren! Bekanntlich leiden jetzt die Arbeiter, namentlich zur Zeit des Arbeiter-Verkehrs, an ungewöhnlicher Überfüllung. Fängt man es einem Arbeiter in Berlin nicht möglich, die 2. Wagenklasse des Zuges zu benutzen und er fährt in die 1. Wagenklasse ein. Der Kontrollleur muß ihn und die Folge war ein Strafmandat von 6 M. Der Bescheid bei den Vorständen des Rgl. Eisenbahnbetriebsamts am Abiegung der Strafbefehle: „Der Arbeiter erhält einen abfälligen Bescheid. Auf eine weitere Beschwerde an die dortige Rgl. Eisenbahndirektion, dann dem Arbeiter folgendes Schriftstück zu. „Nach einer Untersuchung der von Arbeitern benutzt werden, hat festgestellt, daß die Arbeiter in der 2. Klasse fahren dürfen. Dieser Umstand ist jedoch keinen Reklenden „nennenswert mit Ausnahme 3. Klasse ein Abteil „Klasse zu benutzen. Diese Eigenmächtigkeit darf im Interesse der Ordnung und des geregelten Betriebs keinesfalls geduldet werden. Um pünktlich und bequem bedient zu werden, haben sich bereits viele Arbeiter (Namentlich 2. Klasse) beschafft, was sie bei den heutigen Arbeitsverhältnissen sehr wohl in Anspruch nehmen. Diese Maßnahme enthält die allein unannehmlichkeiten. Wir sind daher grundsätzlich nicht in der Lage, das nach 8 16, 2 der Eisenbahnerbestimmung verweigerte erhöhte Fahrgeld niederzuliegen.“

Die Lebensmittelerzeugung in Dänemark. Dänemark ist ein Land landwirtschaftlicher Beredlungsindustrie, deren Schwerpunkt auf der Ausfuhr tierischer Produkte liegt. Diese Ausfuhr ist ganz überwiegend bestimmt durch die Einfuhr von 1/4 bis 1/2 Millionen Tonnen Getreide und Futtermitteln. Früher war Dänemark ein Getreideausfuhrland und der Getreidebau die Grundlage seiner Landwirtschaft. Seit 1883 ist Dänemark ein Getreideimportland. Seit dem Eintritt der amerikanischen Getreidekonkurrenz hat Dänemark sich mehr auf die Viehzucht und Milchwirtschaft verlegt. An Vieh hat Dänemark verhältnismäßig das Doppelte von ganz Europa (im Verhältnis zur Einwohnerzahl und zur landwirtschaftlichen Fläche). Schweine hat Dänemark im Verhältnis zur Einwohnerzahl bei weitem mehr als irgend ein anderes Land Europas; im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Fläche wird es hier nur von Belgien und Deutschland übertroffen. Die Ausfuhr von Butter und Schweinefleisch ist die Hauptausfuhr des Landes. Daraus folgt die Ausfuhr von Milch und die Fleischfuhr. Nach Russland und Holland ist Dänemark zum drittgrößten Butterlieferanten geworden und hat Österreich-Ungarn überflügelt. Ueber die Hälfte der Butter fuhr Dänemark bisher nach England. Die Butter, das Schweinefleisch und die Eier gingen fast ausschließlich nach England. Dänemark lieferte zuletzt 44 Prozent der englischen Butter einfuhr und war damit der wichtigste Butterlieferant Englands. Ferner war Dänemark der zweitgrößte Schweinefleisch- und der zweitgrößte Eierlieferant Englands.

Der 100000. Sonntag. Der „Piazz“, dessen Lebensziel es ist, besonders denkwürdigen Zahlen aufzuweisen und in einen mehr oder weniger gewalttätigen Zusammenhang mit dem Weltkrieg zu bringen, macht darauf aufmerksam, daß der 8. Juli dieses Jahres genau der 100 000. Sonntag seit Beginn der christlichen Zeitrechnung sein wird. Auch ohne besonderen Optimismus dürfte man sich wohl der Erwartung hingeben, daß dieser hohe Festtag im Krieg besonders erfreuliche Takte spielen, vielleicht sogar den endgültigen Frieden bringen werde.

Gedenkt der gefangenen Deutschen!

hat vielleicht ein weit größeres Interesse, zu
seiner gleichzeitigen Wirkung bereits an einem mo-



L. RETTENMAYER

MOBELTRANSPORT • MÖBELLAGER
GEGR. 1842 SPEDITION GEGR. 1842
VERPACKUNG
Büro: Nicolastr. 5 Telefon 12 u. 124



Vorschuss-Verein zu Wiesbaden

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Friedrichstrasse 20.

Bankgeschäft und Sparkasse.

Gegründet 1860. — Fernsprecher 6190, 6191, 6192.

Mitgliederzahl am 1. Januar 1916: 8736.

Eingezahltes Stammkapital: Mk. 4,177,762.53.

Haftsumme: Mk. 8,736,000.—. Reserven: Mk. 2,627,976.85.

Ausführung aller Bankgeschäfte.

Sparkasse
mit täglicher Verzinsung
(Haussparkassen).

Kreditgewährung
gegen Bürgschaft und auf Wertpapiere.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Verwahrung vorlegativer Pakete, Kasten und Koffer mit Wertgegenständen.

Fremde Geldsorten.

Aufnahme als Mitglied jederzeit.

Bei dem Erwerb der Mitgliedschaft wird der volle eingezahlte Stammanteil vom nächsten Quartalsersten an dividendenberechtigt.

Auskunft bereitwilligst
durch den Vorstand.

Gebrüder Krier, Bank-Gesellschaft Wiesbaden

Rheinstraße 95

Haltestelle der Elektrischen Straßenbahn.

Kassenstunden: 8¹/₂—1 und 2—6 Uhr.

Inh.: Dr. jur. Hippolyt Krier, Paul Alexander Krier.
REICHSBANK-GIRO-KONTO.
Postcheck-Konto Nr. 171 bei dem Postcheckamt in Frankfurt a. M.

Ausführung aller in das Bankfach einschlagenden Geschäfte, insbesondere: An- und Verkauf von Wertpapieren, sowohl gleich an unserer Kasse, als auch durch Ausführung von Börsenaufträgen und im freien Verkehr. — Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren, auch Annahme geschlossener Depots. — Vermietung von feuer- und diebstahlsicherer Panzerschränken unter Mitverschluss der Meier. — Vorschüsse auf Wertpapiere. — Kuponsbogen-Besorgung. — Versicherung von Wertpapieren gegen Auslosungsverlust. — Verlosungskontrolle von Wertpapieren unter Garantie. — An- und Verkauf aller ausländischen Banknoten u. Goldsorten. — Einzug von Wechseln. — Leihrenten. — Mündelsichere 4¹/₂%, 4¹/₂% und 5% Anlagepapiere an unserer Kasse stets vorrätig. Ankauf von russ., österr., serb., italien., portugies., rumän., und Victoria Falls Kupons.

Mitteldeutsche Creditbank

Kapital und Reserven 69 Mill. Mk.

Filiale Wiesbaden

Friedrichstraße 6

Fernsprecher 66 und 6604

Günstige Verzinsung von
Bar-Einlagen

Abhebungen stempelfrei

Vermögens-Verwaltungen

Schränkfächer

unter Mitverschluss des Mieters.

Sorgfältige Erledigung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten.

Kommunikanten-Anzüge

Mehrere Hundert fertig am Lager.

Besonders in dunkelblauer Ware bringe ich eine, für jetzige Verhältnisse, hervorragende Auswahl; durchweg noch gute Qualitäten zu mäßigen Preisen.

Preislisten, je nach Größe und Qualität
Mk. 23.— bis 78.—

Man besuche die Schaufenster.

Heinrich Wels

Wiesbaden, Marktstraße 34.



Hofspediteure Se. Maj. des Kaisers und Königs

Bahnhofstr. 6 WIESBADEN Telefon 59, 6223

Internationale Spedition.

Möbeltransporte von und nach allen Plätzen des In- und Auslandes.

Moderne Möbellagerhäuser

neben dem Hauptbahnhof.

Roll-Kontor

im Südbahnhof.

Amthliches Rollfuhrunternehmen

der Königl. Preuß. Staatsbahn

Spedition von Gütern aller Art

Fernspr. 917 u. 1864.

Fernspr. 917 u. 1284.



Umzüge

unter Garantie

Lagerung ganz

Einrichtungen u.

einzelner Stühle.

Ex- und Abfuhr von Waggons. — Speditionen jeder Art.

Schweres Kraftfuhrwerk.

Beförderung von Sand, Kies und Gartenkies.

Expeditions-Gesellschaft Wiesbaden & Co.

nur Adolfsstraße 1 an der Rheinstraße.

Nicht zu verwechseln mit anderen Firmen!

772 Telefon 672. — Telegramm-Adresse: „Expedi“

Eigene Lagerhäuser: Adolfsstraße 1 und auf dem Güter-

bahnhof Wiesbaden-West (Wiesbaden-Süd).

Bonifatius-Sammel-Verein.

„Sammelt die übrig gebliebenen
Stücklein, damit sie nicht zu Grunde
gehen.“ Mit diesen Worten unseres göttlichen
Landes werden wir uns an das liebevolle Volk und
eruchen auf das fernabstehende, nicht von dem ver-
kommen zu lassen, was sich noch für arme, verwor-
tene Kinder und Frauenkinder verbergen läßt.

Sammelt Wertpapiere, Standkalender, Stel-
plomben, Patronenhüllen und Denkmünzen, Zin-
sen, Kupfer- und Messingabfälle und Gegenstände
u. alle zur Verpackung geeignete Metall-Umhangen.
Sammelt unbrauchbare Schmuckgegenstände, alte Taschenuhren
und sonstige Wertgegenstände, sowie auch alle
ausländische Wertgegenstände.

Sammelt Bonifatius, Kordel und Stride, Zigaretten-
bündchen, Zigaretten-Abfälle und beschädigte Zigaretten,
nicht aber angebrannte Zigaretten.
Sammelt mit feinem Papierband ausgehüllte
Bücher (insbes. der 10 Bg.-Karte), besonders
aber ausländische und alte inländische Karten.

Sammelt alte Gummi-Sänger (von Kinderlächeln,
Bälle, Schokolade, Hebräisch und Hebräisch,
sowie alte und Abfälle von Wachs, Talg u. Stearin).
Sammelt Champagner, Wein und unbeschädigte Spirituosen,
sowie auch alte Bücher, gut erhaltene Zeitungen
und Zeitdrucken.

Alle dieses, von Euch in kleinen Quantitäten
gesammelt, könnt Ihr wohl nicht mehr verwerten
wie aber erlösen, wenn es ein großer Gewinn
den, eine hübsche Summe daraus.

Sammelt darum fleißig und laßt das
Gesammelte zu Eurem Seelsorger
besen beauftragen in Wiesbaden, zu Herrn
Kaufmann Teich, Schulbachstraße 19; Herrn
Ant. Müller, Blücher-Druckerei, Hermannstraße 24;
Ed. Müller-Druckerei; Herrn E. Müller, Kolonnen-
waren-Handlung, Adolfsstraße 19; Herrn Müller Osi-
heim, Raderstraße 19; Herrn Major Osiander,
Jahres 15. Diejenigen werden auch das Geringste
danbar entgegennehmen. Jede weit. Auskunft erteilt
die Diözesan-Hauptstelle zu Limburg a. d. Rh.

NB. Vollständig wertlos sind: Die deutschen
10 Bg.-Karten und besonders beschädigte und be-
schädigte und solche Karten, an denen die Farben
des Landes fehlen, sowie Abfälle und alte Gegen-
stände von Wachs, Talg, Glas, gebrauchte Eisen-
gegenstände, angebrachte oder beschädigte Zigaretten
und angebrachte Zigaretten.

Postkarten-Verkauf der Jubiläums-Sammlung des Vaterl. Frauenvereins zu Gunsten der Wiesbadener Kriegsfürsorge.

Die Besitzer der Scheine mit nachstehenden Nummer
werden gebeten die betreffenden Originalbilder
beim Kreiskomitee vom Roten Kreuz, Kgl. Schloss
Mittelbau links abholen zu lassen.

No. 76, 1420, 1523, 3493, 4605, 5091, 6077,
7893, 8721, 9436, 10369, 11065, 13919,
14811, 15934, 18142, 19042.

Die Bilder, die nicht bis spätestens zum 1. März 1917
abgeholt sind, verbleiben dem Kreiskomitee vom
Roten Kreuz Wiesbaden.

Gasthaus Sturm

Großer Feldberg

Großer Feldberg Gasthaus Waldsee



Der lenkbare Geradhalter

Orig. System „Haas“
gegen Rückgrat-
Verkrümmungen

ist auf medizinischen Kongressen hoch
ausgezeichnet und von hervorragenden
Aerzten als bester Geradhalter
bezeichnet und empfohlen worden.

— Reichhaltige Broschüre gratis! —

Franz Menzel, Frankfurt a. M. 56.

Seldferzen

von Angler Brennhauer.

M. O. Gruhl, Adolfsstr. 11
Seifen, Licht, Bürsten, u. m.

3-6000 Mark

auch geteilt, bis Ankauf ab.
September zur Vergrößerung
des Betriebes für Pensions-
Lieferung bei sehr guter Be-
zahlung und Dividende von
Selbstgekauft zu leiden gel.
Reichhaltige Sicherheit, Ag.
gewollt. Gell. Offerten unter
440 an die Geschäftsstelle d.
Zeitung.



in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen.

A. Letschert, Faulbrunnenstr. 10.

Bruchleidende

bedürfen kein so schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie
meist in Gedächtnis klebendes, nach Maß und ohne
Fieber, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch
jeder Tage und Woche des Bruchleidens selbst verstellbares

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem
Weiden entsprechend herstellbar ist.

Mein Exp.-Vertreter ist am Montag, den 26. Februar
abends von 6 bis 7 Uhr u. Dienstag, den 27. morgens von
9 bis 4 Uhr nachmittags in Wiesbaden Zentral-Hotel
und Mittwoch, den 28. vorm. von 8—11 Uhr in Limburg
Hotel Nassauer Hof, sowie Montag, den 28. morgens
von 9 bis 3¹/₂ Uhr nachm. in Mainz, Hotel Pfälzer Hof
mit Muster vorerwähnter Bänder, sowie mit H. Gummi-
und Federbänder neueren Systems, in allen Ver-
lagen anwesend. Bänder in Gummi, Bänder, Vell- und
Kunststoff-Bänder, wie auch Geradhalter und
Krempfaderstrümpfe stehen zur Verfügung. Neben fach-
gemäßer Beratung auch gleich streng diskret. Bedienung.

Ph. Steuer Sohn, Bandagist und Orthopädist
Königsplatz in Barmen, Westf. 15 — Telefon 515

Gelegenheitskauf, besonders günstig!

An der Bodenstraße, zwischen Friedrichstraße
und Ueberlingen, 1 Buchstunde zum Bodensee, 1/2 Stunde
nach Friedrichshafen, billiges, hypothekefreies

Landhaus

mit Garten, 100 qm, 2 Stöckig, 7 Zimmer mit Küche, Sa-
lesche, Bad, Kuchentisch, Sonnige Lage, Alpenausblick,
2 Minuten ab Bahnhof, zum Selbstkostenpreis — Gebauer
und Böhmer 11 Bielefelderstr. — von nur 25,000 Mk. bar
zu verkaufen. Angebote unter 429 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung.

S. GUTTMANN

Das Spezialhaus für Damen-Konfektion und Kleiderstoffe • Wiesbaden, Langgasse 1-3